

Zweites Bürgerbegehren abgelehnt

Die Kindergartenfrage dominierte auch die jüngste Gemeinderatssitzung in **ALESHEIM**. Nun soll die Dekanin die Sache richten.

TROMMETSHEIM – Das wird eine Herausforderung für die Dekanin: Ingrid Gottwald-Weber will bei der Kindergartenfrage Alesheims einen Vermittlungsausschuss einberufen, der in der zweiten Septemberhälfte eine gemeinsame Lösung auf den Weg bringen soll. Soließen es die Vertreter eines zweiten Bürgerbegehrens bei der jüngsten Alesheimer Gemeinderatssitzung im Schützenhaus Trommetsheim verlauten, was auf breite Zustimmung stieß.

Das Gremium selbst war bei der Zusammenkunft deutlich in der Minorität und stellte nicht einmal halb so viel Personen wie das Publikum. Und die Besucher hätten auch noch zahlreicher sein können, allerdings durften sich aufgrund der Coronavorgaben nur 18 im Saal einfinden. Unter ihnen waren mit Gerhard Satzinger, Petra Conrad und Hannah Hoyer auch die drei offiziellen Vertreter von Bürgerbegehren Nummer zwei.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger plädiert es nicht mehr auf den Erhalt der beiden Kindergärten auf dem Gemeindegebiet, sondern macht sich für Alesheim als alleinigen Standort stark. Der Trommetsheimer Einrichtung hatte der Rat vor der Sitzung noch einen Kurzbesuch abgestattet. Eines aber haben die beiden Bürgerbegehren gemeinsam: Sie wurden für nicht zulässig erklärt – das zweite mit sechs zu zwei Stimmen bei der jetzigen Sitzung.

Bei dieser Entscheidung habe man sich gleich von drei Seiten eine fachliche, juristische Einschätzung geben lassen, darunter auch von der Rechtsaufsicht im Landkreis, betonte Peter Knoll, Geschäftsleiter der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Altmühlthal. Alle drei hätten in der Fragestellung und der Begründung des Bürgerbegehrens die gesetzlichen Vorgaben als nicht erfüllt betrachtet. „Das lässt der Gemeinde keinen Ermessensspielraum mehr“, betonte Knoll. „Es handelt sich also um keine Willkürentscheidung“, nahm er etwaigen Vorwürfen den Wind aus den Segeln. Knoll nutzte zugleich die Gelegenheit, die Geschichte der Kindergartenfrage schlaglichtartig zu beleuchten. Beide eingruppierten Kindergärten seien schon lange am Rande ihrer Existenzfähigkeit gewesen und hätten ihren Betrieb nur über die sogenannte Landkindergartenregelung aufrechterhalten können. Potenzielles Personal sei gerade von der Eingruppierung oft abgeschreckt worden.

Die evangelischen Kirchengemeinden als jeweilige Träger hätten sich schließlich auf Trommetsheim als Standort geeinigt. Seitens des Gemeinderats habe man hierfür grünes



Foto: Jürgen Leykamm

Wollen den diplomatischen Weg beschreiben: Florian Gagsteiger (kann sich ein Ratsbegehren vorstellen), Thorsten Roth (stelle einen Antrag auf zwei Kinderbetreuungseinrichtungen), Bürgermeister Manfred Schuster (der hier den Trommetsheimer Kindergarten alles andere als symbolhaft zusperrt) und Christian Tutsch (der die Unzufriedenheit aus dem Weg räumen will).

Licht gegeben, mit der Option, die dortige Einrichtung zu erweitern. Eine Entscheidung, die es in Alesheim brodeln ließ, was in zwei Bürgerbegehren mündete. Dass das zweite nun wegen Formfehler als unzulässig erklärt wurde, bedauerte Gerhard Satzinger. Wäre es zu einem entsprechenden Bürgerentscheid gekommen, hätte eine faire Abstimmung aller Gemeindeglieder dem Streit den Zahn ziehen können, argumentierte der Initiator. Dass danach Ruhe einkehre, „daran habe ich meine Zweifel“, hielt Andreas Wendertein dem entgegen. Beim Verlierer werde das sicherlich nicht der Fall sein. Sollte dieser Trommetsheim heißen, „dann gehen dort die Proteste los“, sagte das Gemeinderatsmitglied.

Bleibe es aber beim Standort dort, werte das die Frage auf, „wie lange wir dort bleiben können“, entgegnete Bürgerbegehrensvertreterin Petra Conrad. Denn das Gebäude gehört der Kirchengemeinde, das Kindergartenhaus in Alesheim aber der Gemeinde. „Wäre es nicht geschickter, in dieses zu investieren?“, fragte Conrad, oblige es doch der eigenen kommunalen Verantwortung.

Der Betrieb in Trommetsheim sei aber günstiger, entgegnete Bürgermeister Manfred Schuster. Außerdem seien die räumlichen Möglichkeiten in Alesheim begrenzter. Darauf begann es zumindest ansatzweise wieder emotional zu kochen, wogegen sich Gemeinderatsmitglied

Erwin Eckert stemmte: „Wir sollten versuchen, auf eine sachliche Ebene zurückzufinden.“

Kritik an eigenen Verhalten des Gremiums gab es vom Kollegen Helmut Záh: „Wir haben uns aber auch selbst eiskalt gezeigt“, räumte er ein. In jedem Fall aber könne man die Unterschriften der Bürgerbegehren nicht einfach ignorieren, meinte sein Ratskollege Florian Gagsteiger, der ebenso für eine faire Abstimmung plädierte. Wenn schon rechtliche Schwierigkeiten dies in Sachen Bürgerbegehren verhindern, könne man ja ein Ratsbegehren initiieren, schlug er vor.

Diplomatischer Weg

Den diplomatischen Pfad beschritt auch Ratsmitglied Thorsten Roth. Er stelle einen Antrag auf Zustimmung zum Betrieb je einer Kinderbetreuungseinrichtung in Alesheim und in Trommetsheim sowie zur Erstellung eines Konzepts zum Weiterbetrieb beider Einrichtungen. Als Gemeinderat „sind wir hier in der Pflicht“, betonte er. Die bisherige Gangart würde die Spaltung der Kommune nur fortsetzen. Und nicht zuletzt sollte der Rat „die geforderte Kompromissbereitschaft selbst an den Tag legen“.

Wie ein solches Konzept aussehen könnte, ließ er im Antrag bereits durchschimmern: So könnte die Alesheimer Einrichtung die Gemeinde oder ein Dritter übernehmen. Um welche Art es sich handle, habe er bewusst offengelassen: Kindergar-

ten, Krippe, Hort, Ganztagsbetreuung, Ausweichmöglichkeit für die Beschulung in Corona-Zeiten seien etwa möglich. Wichtig sei der Rückhalt der kommunalen Gemeinschaft. Denn: „Wie soll ein Betrieb funktionieren, wenn viele nicht einverstanden sind?“, warf er die Kernfrage auf. Ursprünglich sei auch er für die Zusammenlegung der Kindergärten gewesen, „aber das ist mir gehörig vergangen!“.

Roths Lösung sei zwar „wirtschaftlicher Humbug“, meinte Helmut Záh. Er würde sie aber befrworten, weil in der gegenwärtigen Lage zu befürchten sei, dass es bald „gar keinen Kindergarten mehr gibt, dafür aber verzweifelte Eltern“. Man sei in einer Sackgasse, in der sich keiner mehr durchringen könne, den Rückwärtsgang einzulegen. „Und wenn wir weiter warten, finden wir ihn auch nicht mehr.“

Doch für den diplomatischen Weg „brauchen wir ein Zeichen der Bürgerinitiativen“, forderte Záh ein. Sie müssten ihn nicht nur mitgehen, sondern ihn auch aktiv mitgestalten. Um die Unzufriedenheit zu beseitigen, sei aber Roth's Vorschlag „ein Signal in die richtige Richtung“, sagte auch Ratsmitglied Christian Tutsch.

Eigentlich folgerichtig stellte Roth selbst seinen Antrag erst einmal zurück: Das Gespräch mit der Dekanin solle erst abgewartet werden. Damit liegt nun der Ball wieder bei den Vertretern der Bürgerbegehren. **JÜRGEN LEYKAMM**